

(Abg. Reimling.)

Ⓐ Aber, meine Herren, auch die Entstehungsgeschichte der sogenannten interkonfessionellen oder nationalen Jugendpflege beweist ja schließlich das zur Genüge. Ich könnte hier als Beispiele anführen Äußerungen aus der Schrift des Landesausschusses im Königreiche Sachsen für die Jugend zwischen Schul- und Wehrpflicht, um den Beweis zu führen, daß man damit ganz zweifellos bestimmte einseitige Zwecke verfolgt, daß man darin eine Kampfmaßregel erblickt, die geeignet ist, gegen die Sozialdemokratie zu wirken.

Aber auf eine charakteristische Tatsache möchte ich hier doch noch hinweisen, die Tatsache nämlich, daß in der vertraulichen Konferenz am 10. November 1910, die im Ministerium des Innern abgehalten wurde, Herr Dr. Stresemann, der damalige nationalliberale Reichstagsabgeordnete, beauftragt worden war, das einleitende Referat zu halten. Herr Dr. Stresemann ist ja zweifellos auf allen Gebieten beschlagen. Wir wissen, daß er ebensogut ein ganz hervorragender Politiker ist wie ein hervorragender Agitator oder Geschäftsführer der deutschen Industriellen-Organisationen; daß er aber auch auf dem Gebiete der Jugendpflege, auf dem Gebiete der Jugend- und Arbeitererziehung ein so hervorragender Sachverständiger sein soll, daß ihn sogar die sächsische Regierung mit einem einleitenden Referat über die Aufgaben dieser nationalen

Ⓑ Jugendpflege betraut, das ist mir doch einigermaßen neu gewesen. Ich möchte jedenfalls, um den Zweck, den insbesondere Herr Dr. Stresemann mit dieser nationalen Jugendpflege verfolgt, zu kennzeichnen, hier eine Äußerung zitieren, die er unmittelbar nach den letzten Reichstagswahlen getan hat, in einem Artikel, der durch eine ganze Reihe bürgerlicher Blätter gegangen ist. Da führt Herr Dr. Stresemann u. a. aus:

„Ein eigenartiges Geschick: gerade die industrie- und gewerbefreundlichen Parteien leiden am meisten unter dieser gewerblich-industriellen Entwicklung, weil Arbeiter und Arbeitgeber nicht ihre gemeinsamen wirtschaftlich-politischen Interessen in den Vordergrund stellen, sondern durch die sie trennenden sozialpolitischen Gegensätze zu erbitterten Feinden geworden sind. Will der Liberalismus nicht zerrieben werden zwischen den Mühlsteinen der extremen Parteien in Deutschland, dann wird er diesem Problem, das zugleich auch das Zukunftsproblem der ganzen deutschen politischen Entwicklung ist, doch noch mehr als bisher seine Aufmerksamkeit schenken müssen. Die Frage der Förderung einer nationalen gewerkschaftlichen Entwicklung — denn der Organisationsgedanke beherrscht heute alles — und die Frage der Bekämpfung der sozialdemokratischen Jugend- und Arbeitererziehung gehören in dieses Kapitel. Doch das ist ein weites Feld, über das vielleicht noch einmal im besonderen zu sprechen sein wird.“

Was mich an diesem Zitat besonders interessiert, ist die Tatsache, daß Herr Dr. Stresemann wirklich als Grundaufgabe der bürgerlichen Parteien bezeichnet, der sozialdemokratischen Jugend- und Arbeitererziehung entgegenzuwirken. Ich nehme ihnen das persönlich nicht übel, wenn sie das als Parteien tun; sie haben das gute Recht, uns zu bekämpfen auf allen Gebieten, die ihnen geeignet erscheinen. Aber wenn das von einem Manne gesagt wird, der mit an der Spitze dieser offiziellen Jugendpflege steht, wenn dies gewissermaßen als Programm dieser nationalen Jugendpflege hingestellt wird, dann sehe ich das doch als einen Beweis dafür an, daß es sich bei der nationalen Jugendpflege nicht um das Wohl der Jugend allein handelt, sondern daß damit ganz bestimmte Nebenzwecke verfolgt werden, Nebenzwecke, die man sonst immer nur uns vorwirft. Die Tatsache, daß gerade Herr Dr. Stresemann zu dieser Konferenz hinzugezogen wurde, ist mir ferner auch deshalb charakteristisch, weil gerade er es gewesen ist, der, wo es sich darum handelte, praktische Jugendpflege zu treiben durch sozialpolitische Maßnahmen, durch durchgreifenden Jugend- und Arbeiterschutz, sich in der allerentschiedensten Weise dagegen gewendet hat. Ich erinnere Sie daran, daß, als die Gewerbeordnungsnovelle 1908 verabschiedet wurde, es Herr Dr. Stresemann war, der sich öffentlich rühmte, daß es vor allen Dingen seinem Wirken zu danken gewesen sei, wenn weitergehende Beschlüsse der Reichstagskommission nicht Gesetz geworden seien. Da handelte es sich um Arbeiterinnenschutz und Jugendschutz; da hat es sich Herr Dr. Stresemann selbst als Verdienst angerechnet, daß er diesen weitergehenden jugendlichen Schutz verhindert habe. Es wäre verlockend, in diesem Zusammenhange auch auf die Haltung der bürgerlichen Parteien, die sie seinerzeit beim Hausarbeitergesetze und bei der Reichsversicherungsordnung eingenommen haben, einzugehen, wo sie ebenfalls jeden durchgreifenden Mutter- und Arbeiterschutz usw. verhindert haben. Ich will aber jetzt darauf verzichten.

Meine Herren! Ich könnte eine große Reihe von Auszügen anführen als Beweis für die einseitig gegen die Sozialdemokratie gerichteten Sendungen der bürgerlichen Jugendbewegung, wenn ich in derselben Weise verfahren wollte, wie Herr Abg. Dr. Mangler das getan hat. Ich würde jedenfalls so schnell nicht damit fertig werden, wenn ich in derselben Weise zitieren wollte, wie er zitiert hat. Ich will mich damit begnügen, nur noch ein einziges Beispiel anzuführen, das charakteristisch ist für die Absichten, die die maßgebenden Personen mit dieser neudeutschen Jugendpflege verfolgen. In einer Versammlung des Leipziger Innungsausschusses hat Herr Schuldirektor Kohl, der eine der führenden Persönlichkeiten in der Leipziger